

Haushalt Stadt Ansbach 2022 Verwaltungshaushalt - Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Haushaltsstelle Abschnitt UA.	Grpp.	Titel	Bezeichnung	Veränderung	HH Soll Entwurf Stadt	Ansatz NEU	Bemerkung
VwH.- Einnahmen-Mehrung (E+)				140.000,00			
03	0331	2610	Kassenverwaltung	10.000,00	120.000,00	130.000,00	Ansatz zu niedrig, Erfahrungen der letzten Jahre, Stärkung der Kasse seit 1.10.
03	0341	2616	Steuerverwaltung	80.000,00	270.000,00	350.000,00	Einnahmen 2021 747.688 €;
29	2901	1716	Schülerbeförderung Volks u. Sonderschulen	40.000,00	150.000,00	190.000,00	Ansatz zu niedrig gewählt, nur geringe Verbindung mit 365 € Ticket
29	2902	5503	Schülerbeförderung weiterführende Schulen	10.000,00	210.000,00	220.000,00	Ansatz zu niedrig gewählt, auch in Verbindung mit Einführung des 365 € Ticket
VwH.- Einnahmen Minderung (E-)				0,00			
VwH.- Ausgaben Mehrung (A+)				182.500,00			
11	1141	NEU	Umweltschutz/Umweltamt	15.000,00	0,00	15.000,00	siehe gesonderten Antrag
11	1141	NEU	Umweltschutz/Umweltamt	15.000,00	0,00	15.000,00	siehe gesonderten Antrag
34	3400	6316	Stadtinszenierung Licht/Kunst	10.000,00	0,00	10.000,00	für Planung in 2022, siehe gesonderten Antrag
47	4701	7001	Förderung der Wohlfahrtspflege	15.000,00	7.000,00	22.000,00	Personalkostenzuschuss, siehe Antrag Rauhreif
61	6100	6610	Städtebauliche Planung, Städtebauförderung	2.500,00	0,00	2.500,00	siehe gesonderten Antrag, Unterstützung Umsetzung Radverkehrskonzept
79	7901	6316	Veranstaltungen Openair Konzert	90.000,00	0,00	90.000,00	siehe Antrag, = Zuschussbedarf (Ausgaben - Einnahmen)
79	7901	NEU	Förderung Innenstadt	35.000,00	0,00	35.000,00	siehe gesonderten Antrag
VwH.- Ausgaben Minderung (A -)				-255.000,00			
29	2901	6391	Schülerbeförderung Volks u. Sonderschulen	-100.000,00	590.000,00	490.000,00	Ansatz zu hoch gewählt, auch in Verbindung mit Einführung des 365 € Ticket
29	2902	6391	Schülerbeförderung weiterführende Schulen	-130.000,00	430.000,00	300.000,00	Ansatz zu hoch gewählt, auch in Verbindung mit Einführung des 365 € Ticket
68	6800	5250	Parkeinrichtungen	-15.000,00	47.800,00	32.800,00	ungewöhnlich Steigerung, zudem DR 007
68	6800	6581	Parkeinrichtungen	-10.000,00	40.000,00	30.000,00	ungewöhnlich Steigerung, Handyparken nimmt seit Jahren zu, zudem DR 007

VwH Summe

212.500,00

Haushalt Stadt Ansbach 2022 Vermögenshaushalt - Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Haushaltsstelle			Titel	Bezeichnung	Veränderung	HH Soll	Ansatz NEU	Bemerkung
Abschnitt	UA.	Gruppe.				Entwurf Stadt		
VöH- Einnahmen-Mehrung (E+)					50.000,00			
88	8811	3400	Industrie- & Gewerbegebiet Elpersdor	Verkauf Grundstücke	50.000,00	450.000	500.000,00	
VöH- Einnahmen Minderung (E-)					0,00			
VöH- Ausgaben Mehrung (A+)					145.000,00			
61	6100	9357	Städtebauliche Planung	Beschaffung von E-Diensträdern	10.000,00	0,00	10.000,00	für die weitere Anschaffung von klimafreundlichen Dienstfahrzeugen, Gesundheitsvorsorge Mitarbeiter:innen
61	6100	NEU	Planungen Rezat	Konzeption: Umbau Rezatparkplatz zu Erlebnisraum Rezat	50.000,00	0,00	50.000,00	für Planungen für den Umbau Rezatparkplatz zum Erlebnisraum Rezat
63	6346	NEU	Gemeindestraßen 2022	Radweg Schalkhausen - Dornberg - Leutershausen	10.000,00	0,00	10.000,00	Planungen Lückenschluss Radwegs, siehe auch mittelfristige Finanzplanung
63	6372	9503	Gemeindestraßen 2022	Radwegenetz - Abstellmöglichk.	20.000,00	10.000,00	30.000,00	Erhöhung der Mittel für die Schaffung von Mobilitätsstationen
63	6372	NEU	Gemeindestraßen 2022	Radwegenetz - Allgemeine Maßnahmen	30.000,00	0,00	30.000,00	für kleinere Verbesserung des Radwegenetz u. Umsetzung des Radverkehrskonzept
63	6372	NEU	Gemeindestraßen 2022	Radweg Eyb - Untereichenbach - NeunkirchnerStr.	25.000,00	0,00	25.000,00	für Planungen zur Umsetzung der Radwegverbindung Eyb, Untereichenbach bis Neuenkirchener Str.
VöH- Ausgaben Minderung (A-)					-195.000,00			
88	8817	9321	Erwerb v. Grundstücken		-195.000,00	695.000,00	500.000,00	
Summe VermöH					100.000,00			

Haushalt Stadt Ansbach 2022 - Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

EURO

Verwaltungs-Haushalt

Einnahmen	Mehrung (+)	140.000
	Minderung (-)	0
	<i>Zw.Erg. Einnahmen</i>	140.000
Ausgaben	Mehrung (+)	182.500
	Minderung (-)	-255.000
	<i>Zw.Erg. Ausgaben</i>	-72.500
Saldo Verw.H		212.500

Vermögens-Haushalt

Einnahmen	Mehrung (+)	50.000
	Minderung (-)	0
	<i>Zw.Erg. Einnahmen</i>	50.000
Ausgaben	Mehrung (+)	145.000
	Minderung (-)	-195.000
	<i>Zw.Erg. Ausgaben</i>	-50.000
Saldo Verm.H		100.000

Gesamtergebnis - Ausgleich	312.500
----------------------------	---------

An
die Stadtverwaltung
Herrn Oberbürgermeister Deffner

**Antrag zu den Beratungen des Haushalts 2022
von Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Der Stadtrat möge beschließen,
dass das Referat 4, Amt 42 – Stadtkasse und Abgaben – im Bereich Abgaben u. Steuern gestärkt
werden soll. Dafür wird befristet auf zwei Jahre für die Stadtkasse, die Vollstreckung und das
Mahnwesen eine VK-Stelle geschaffen.

Kostenstelle 03.0331.4700, genaue Eingruppierung der Stelle ist zu prüfen, EG 7, ca. 50.000 €.
Wir gehen davon aus, dass die Stelle sich kostenneutral verhält, da dadurch höhere Einnahmen
erzielt werden können und das Mahnwesen effektiver wird. Die Befristung der Stelle leiten wir aus
dem Zustand ab, dass ein Gutachten des BKPV noch aussteht. Wir wollen aber aufgrund des schon
lange erscheinenden Defizits beim Vollzug einen Schritt nach vorne kommen, auch weil sich dadurch
die Einnahmenseite der Stadt verbessert.

Begründung:

Aus dem Bericht des städtischen Rechnungsprüfungsamt über die örtliche Kassenprüfung für das Jahr
2019, wie auch schon 2018, geht aus Abschnitt 3.8 hervor, dass sich die Anzahl der
Vollstreckungsfälle in den letzten Jahren deutlich erhöht hat: von 2018 auf 2019 alleine um 16,79%.
Zudem gibt es weitere Hinweise, dass mehr Personal die Chancen bieten, höhere Einnahmen zu
erlangen.

Mit freundlichen Grüßen

Meike Erbguth-Feldner

Richard Illig (Fraktionsvorsitzende)

Oliver Rühl

Dr. Christian Schoen

Sabine Stein-Hoberg

Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

An
die Stadtverwaltung
Herrn Oberbürgermeister Deffner

**Antrag zu den Beratungen des Haushalts 2022
von Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Der Stadtrat möge beschließen,
im Referat 1, Jugendamt, für die ambulanten Hilfen auf 2 Jahre befristet eine Stelle für die
ambulanten Hilfen - Sozialpädagogische Familienhilfe u. Erziehungsbeistandschaft EG S14 zu
schaffen. 45.4556.7604 2021: 70.000 €; 2022: 70.000 €

Begründung:

Eine Auswirkung der Corona-Pandemie ist eine Erhöhung der Fallzahlen in der ambulanten
Jugendhilfe. Nach unserer Kenntnis werden diese erhöhten Fallzahlen ebenfalls durch die Vergabe an
externe Dienstleister abgefangen.

Unserer Ansicht nach ist die Schaffung einer befristeten Stelle hier sinnvoll, weil der Bedarf auf
mindestens 2 Jahre ähnlich hoch sein wird. Eine Stelle vor Ort bietet die Chance auf vermehrten
Austausch untereinander (Mehrwert für die Jugendhilfeplanung) und den Verzicht auf lange
Fahrwege durch die Vergabe an externe Anbieter, die ihren Sitz weit entfernt haben. Nach Auskunft
des Jugendamts wurde bereits überlegt, ob die Aufgaben bei der Stadt angesiedelt werden könnten.
Die Kosten würden in etwa gleich bleiben.

Mit freundlichen Grüßen

Meike Erbguth-Feldner

Richard Illig (Fraktionsvorsitzende)

Oliver Rühl

Dr. Christian Schoen

Sabine Stein-Hoberg

Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

An
die Stadtverwaltung
Herrn Oberbürgermeister Deffner

Antrag zu den Beratungen des Haushalts 2022 von Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Umsetzung Klimaschutzkonzept

Der Stadtrat möge beschließen,
zur Umsetzung der Maßnahmen aus dem Klimaschutzprogramm 2009 und den möglichen
Fortschreibungen, Haushaltsmittel in den Haushalt 2022 und für die folgenden 10 Jahre einzustellen
für Maßnahmen und die Beratungsleistung zur Umsetzung der Maßnahmen einzustellen.

Dafür wird entweder im Verwaltungshaushalt im Unterabschnitt des Umweltamt eine neue
Haushaltsstelle 1141.65XX Umsetzung Klimaschutzkonzept eingerichtet und dafür im Haushalt 2022
15.000€ bereitgestellt oder im Verwaltungshaushalt ein neuer Unterabschnitt 11.11xx Kommunalen
Klimaschutz geschaffen und dafür im Haushalt 2022 15.000€ bereitgestellt.

Die Verwaltung wird damit beauftragt, mögliche Fördermittel beim Bund oder beim Land Bayern zu
beantragen. Bisher hat das Bundesumweltministerium über die Kommunalrichtlinie hier
Fördermöglichkeiten für Kommunen angeboten.

Die Ausgaben für 2022 werden über die in Einsparungen und Einnahmemehrungen in der
Antragsliste der Fraktion gegenfinanziert.

Folgekostenbetrachtung: Es entstehen auch für nachfolgende Haushaltsjahre 2023ff Folgekosten für
den Klimaschutz.

Begründung:

Das 2009 beschlossene Klimaschutzkonzept enthält zahlreiche Maßnahmen, die bislang nur
unzureichend umgesetzt wurden.

Ab dem 1.1.2022 wird die Kommunalrichtlinie über das neue Service- und Kompetenzzentrum
Kommunaler Klimaschutz (SK:KK) abgewickelt. Informationen findet man hier:

<https://www.klimaschutz.de/neue-kommunalrichtlinie>

Das am 26.2.2019 vom Stadtrat beschlossene Integrierte Stadtentwicklungskonzept ISEK weist an
mehreren Stellen ausdrücklich auf durchzuführende Maßnahmen hin (z.B. ISEK 3.9, Seite 108 usw.).

Mit freundlichen Grüßen

Meike Erbguth-Feldner

Richard Illig (Fraktionsvorsitzende)

Oliver Rühl

Dr. Christian Schoen

Sabine Stein-Hoberg

Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

An
die Stadtverwaltung
Herrn Oberbürgermeister Deffner

**Antrag zu den Beratungen des Haushalts 2022
von Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Fortschreibung Klimaschutzkonzept

Der Stadtrat möge beschließen,
das 2009 beschlossene Klimaschutzkonzept mit Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger im Jahr 2022 fortzuschreiben und dafür Haushaltsmittel in den Haushalt 2022 einzustellen.
Dafür wird im Verwaltungshaushalt im Unterabschnitt des Umweltamt eine neue Haushaltsstelle 1141.65xx Fortschreibung Klimaschutzkonzept eingerichtet und dafür einmalig 15.000€ bereitgestellt.

Die Verwaltung wird damit beauftragt, mögliche Fördermittel beim Bund oder beim Land Bayern zu beantragen. Bisher hat das Bundesumweltministerium über die Kommunalrichtlinie 2021 hierfür Fördermöglichkeiten für Kommunen angeboten. Ab dem 01.01.2022 tritt eine neue Kommunalrichtlinie in Kraft.

Es handelt sich um eine einmalige Haushaltsausgabe für das Haushaltsjahr 2022.
Der Steigerung der Ausgaben stellen wir in der Antragsliste der Fraktion Einsparungsvorschläge entgegen.

Folgekostenbetrachtung: Es entstehen voraussichtlich keine Folgekosten für die Haushaltsjahre 2023ff.

Begründung:

Auf der Homepage der Stadt Ansbach sind zahlreiche Klimaschutzaktivitäten seit 1994 aufgeführt, <https://www.ansbach.de/Bürger/Umwelt-Natur/Klimaschutz/Klima-Archiv/>

Ab dem 01.01.2022 wird die Kommunalrichtlinie über das neue Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK) abgewickelt, Informationen findet man hier: <https://www.klimaschutz.de/neue-kommunalrichtlinie> ;

Das am 26.02.2019 vom Stadtrat beschlossene Integrierte Stadtentwicklungskonzept ISEK weist an mehreren Stellen ausdrücklich auf durchzuführende Maßnahmen hin (z.B. ISEK 3.9, Seite 108 usw.).

Mit freundlichen Grüßen

Meike Erbguth-Feldner

Richard Illig (Fraktionsvorsitzende)

Oliver Rühl

Dr. Christian Schoen

Sabine Stein-Hoberg

Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

An
die Stadtverwaltung
Herrn Oberbürgermeister Deffner

Antrag zu den Beratungen des Haushalts 2022 von Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Einsparmöglichkeiten und Einnahmeerhöhungen im Verwaltungshaushalt

Der Stadtrat möge,
auf der Haushaltsstelle **0331.2610** Kassenverwaltung, Säumniszuschläge,
eine Einnahmemehrung um 10.000 €,
auf der Haushaltsstelle **0341.2616** Steuerverwaltung, Verzinsung der Steuernachforderungen,
eine Einnahmemehrung um 80.000 €,
auf der Haushaltsstelle **2901.1716** Schülerbeförderung Volks- und Sonderschulen,
eine Einnahmemehrung um 40.000 €,
auf der Haushaltsstelle **2902.5503** Schülerbeförderung weiterführende Schulen,
eine Einnahmemehrung um 10.000 €,
auf der Haushaltsstelle **6800.5250** Parkeinrichtungen, Unterhaltskosten,
eine Ausgabenminderung um 17.500 €,
auf der Haushaltsstelle **6800.6581** Parkeinrichtungen, Post und Bankgebühren
eine Ausgabenminderung um 10.000 €,
auf der Haushaltsstelle **2901.6391** Schülerbeförderung Volks- und Sonderschulen,
eine Ausgabenminderung um 100.000 €,
auf der Haushaltsstelle **2902.6391** Schülerbeförderung weiterführende Schulen,
eine Ausgabenminderung um 130.000 €,
zu beschließen.

Begründung:

Zu **0331.2610**: Wir halten den gewählten Haushaltsansatz für zu gering, wegen der Einnahmen auf der Haushaltsstelle von 2019: 2020: vorl. für 2021.

Zu **0341.2616**: wir halten den gewählten Haushaltsansatz für deutlich zu gering,

Zu **2901.1716**: wir halten den Ansatz zu niedrig gewählt; es gibt nur eine geringe Verbindung zum 365 € Ticket (vgl. 2020 & 2021). Im Vorgespräch mit Herrn Kämmerer Jakobs hat er unsere Argumentation geteilt.

Zu **2902.5503**: wir halten den Ansatz zu niedrig gewählt; trotz Verbindung zum 365 € Ticket. Im Vorgespräch mit Herrn Kämmerer Jakobs hat er unsere Argumentation geteilt.

Zu **2901.6391**: Wir halten den gewählten Haushaltsansatz für zu hoch, wegen der Ausgaben auf der Haushaltsstelle von 2019: 2020: vorl. für 2021. Des Weiteren gibt es das 365-Euro Ticket, welches hier wohl mit sehr niedrigen Fall zahlen berücksichtigt wurde. Im Vorgespräch mit Herrn Kämmerer Jakobs hat er unsere Argumentation geteilt.

Zu **2902.6391**: Wir halten den gewählten Haushaltsansatz für zu hoch, wegen der Ausgaben auf der Haushaltsstelle von 2019: 2020: vorl. für 2021. Des weiteren gibt es das 365-Euro Ticket, welches hier

wohl mit sehr niedrigen Fall zahlen berücksichtigt wurde. Im Vorgespräch mit Herrn Kämmerer Jakobs hat er unsere Argumentation geteilt.

Zu **6800.5250**: Wir halten den gewählten Haushaltsansatz für zu hoch, wegen der Ausgaben auf der Haushaltsstelle von 2019: 2020: vorl. für 2021.

Zu **6800.6581**: Wir halten den gewählten Haushaltsansatz für zu hoch, wegen der Ausgaben auf der Haushaltsstelle von 2019: 2020: vorl. für 2021.

Mit freundlichen Grüßen

Meike Erbguth-Feldner

Richard Illig (Fraktionsvorsitzende)

Oliver Rühl

Dr. Christian Schoen

Sabine Stein-Hoberg

Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

An
die Stadtverwaltung
Herrn Oberbürgermeister Deffner

**Antrag zu den Beratungen des Haushalts 2022
von Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Durchführung Ansbacher Skulpturenmeile 2023

Antrag:

3400.6316 Stadtinszenierung Licht/Kunst: Skulpturenmeile
Planungskosten 2022: 10.000 € Durchführung 2023: 40.000 €

Begründung:

Die Skulpturenmeile ist ein etabliertes Format für temporäre Kunst im öffentlichen Raum, das sich seit 2003 zu einer festen Größe im städtischen Kulturbetrieb mit überregionaler Strahlkraft entwickelt hat.

Das nahezu zwei Jahrzehnte getätigte Investment in die Marke Ansbacher Skulpturenmeile darf nicht vergebens gewesen sein. Das Format sollte im Hinblick auf die Potentiale des öffentlichen Raumes (auch jenseits des Innenstadtbereichs) ausgebaut und professionalisiert werden. Alternative Konzepte (z.B. ein kuratiertes Modell) sollen geprüft werden. Mit dem Format können fruchtbare Diskurse in die Stadtgesellschaft getragen werden, gleichzeitig bedeutet die Fortsetzung der Skulpturenmeile nach der Corona-Pause einen Imagegewinn für die Stadt.

Wir bitten um Unterstützung für unseren Antrag.

Meike Erbguth-Feldner Richard Illig (Fraktionsvorsitzende)
Oliver Rühl Dr. Christian Schoen Sabine Stein-Hoberg
Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

An
die Stadtverwaltung
Herrn Oberbürgermeister Deffner

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
Stadtratsfraktion Ansbach
Fischerstraße 6a
91522 Ansbach

Tel. 0981 / 66689

ansbach.fraktion@gruene-ansbach.de

08.11.2021

**Antrag zu den Beratungen des Haushalts 2022
von Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

**Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommunen in Bayern
e.V.: 2500€ p.a.**

Antrag:

Finanzierung der Mitgliedschaft der Stadt Ansbach im Jahr 2022 in der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommunen in Bayern e.V. (AGFK Bayern).

Begründung:

Die Verbesserung und Förderung des Radverkehrs ist eine wichtige Aufgabe der Kommunen. Beim Fahrradklimatest des ADFC sank die Stadt Ansbach erneut ab und erreichte auf der Schulnotenskala die Note 4,3. Die Klimakrise drängt uns die Aufgabe jetzt anzugehen und lässt keine Zeit sie auf die nächsten Jahre oder gar Jahrzehnte zu verschieben.

83 Bayerische Kommunen haben sich zur „Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommunen in Bayern“ (AGFK Bayern; <http://www.agfk-bayern.de>) zusammengeschlossen und erhalten durch die Mitgliedschaft Unterstützung. Auch der Landkreis Ansbach ist seit 2021 vorläufiges Mitglied. Besonders für den Radtourismus ist eine Zusammenarbeit mit dem Landkreis und der Titel „fahrradfreundliche Kommune“ einträglich.

Mittlerweile gibt es durch den Nationalen Radverkehrsplan oder Förderprogramme wie beispielsweise „Stadt und Land“ oder das Förderprogramm für e-Ladepunkte eine Vielzahl an Ansätzen. Die AGFK hilft diese zu nutzen und umzusetzen. Sie bietet Fachinformationen, Fachflyer, Kampagnen, Fachtagungen, Facharbeitskreise, Fachexkursionen. An dem bundesweiten Wettbewerb „Stadtradeln“ nimmt Ansbach bereits teil.

Eine Kommune, die eine AGFK – Mitgliedschaft anstrebt, wird von einer Kommission der AGFK besucht und bekommt ein Feedback zum Stand der Fahrradfreundlichkeit und entsprechenden Handlungsempfehlungen. Nach einem weiteren erfolgreichen Besuch wird der Stadt dann der Titel „Fahrradfreundliche Kommune in Bayern“ im Rahmen eines Festaktes durch einen politischen Vertreter des Freistaates verliehen.

Der Mitgliedsbeitrag für die Stadt Ansbach ist 2.500 €/a.

Der Antrag wird auch für den Umwelt- und Verkehrsausschuss eingereicht.

Meike Erbguth-Feldner
Oliver Rühl

Richard Illig (Fraktionsvorsitzende)
Dr. Christian Schoen Sabine Stein-Hoberg

Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

An
die Stadtverwaltung
Herrn Oberbürgermeister Deffner

**Antrag zu den Beratungen des Haushalts 2022
von Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Durchführung Ansbach Open 2022.

Antrag:

7901.6316 Veranstaltungen Openair Konzert: Fortführung Ansbach Open.
Projektkosten: 90.000 €

Begründung:

Die Ansbach Open sind eine weit über den Landkreis strahlende Marke. Die Veranstaltungen lockten seit 2001 Tausende von Musikbegeisterte dank eines ausgewogenen Programms regionaler Musiker*innen bzw. Bands und nationaler und internationaler Stars in unsere Stadt. Gerade für die jugendliche Zielgruppe ist das Festival ein wichtiges Angebot.

Das zwei Jahrzehnte getätigte Investment in die Marke Ansbach Open darf nicht vergebens gewesen sein. Die Ansbach Open müssen auch in Zukunft das Aushängeschild für unsere offene, kulturell begeisternde und feierfreudige junge Stadt sein.

Die geäußerten Sicherheitsbedenken hinsichtlich des seit 2007 etablierten Ortes machen ggf. eine konzeptionelle Anpassung notwendig. Hierfür und für die Durchführung werden die Mittel für 2022 angesetzt.

Wir bitten um Unterstützung für unseren Antrag

Meike Erbguth-Feldner Richard Illig (Fraktionsvorsitzende)
Oliver Rühl Dr. Christian Schoen Sabine Stein-Hoberg
Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

An
die Stadtverwaltung
Herrn Oberbürgermeister Deffner

**Antrag zu den Beratungen des Haushalts 2022
von Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Einsparmöglichkeiten und Einnahmeerhöhungen im Vermögenshaushalt

Der Stadtrat möge,

auf der Haushaltsstelle **8811.3400** Industrie & Gewerbegebiet Elpersdorf, eine Einnahmen-Mehrung um 50.000 € auf 500.000€,

auf der Haushaltsstelle **8817.9321** Erwerb v. Grundstücken, eine Ausgaben-Minderung um 195.000 € beschließen.

Begründung:

Zu Haushaltsstelle 8811.3400 Einnahmen Industrie & Gewerbegebiet Elpersdorf: Schon im Haushalt wurde der Ansatz von 450.000 € für Einnahmen aus den Verkauf von vorhandenen Gewerbeflächen gewählt. Aufgrund der steigenden Kosten für die Stadt, z.B. durch die erhöhten Ausgaben für die Erschließung und Fertigstellung der Straßenanlagen sollten die Grundstücke nur verkauft werden, wenn tatsächlich höhere Einnahmen erzielt werden können. Boden ist ein knappes Gut und nicht vermehrbar. Im laufenden Jahr 2021 wurden nach Auskunft der Kämmerei bisher keine Einnahmen erzielt, d.h. keine Grundstücke verkauft.

Zu 8817.9321: In den letzten Monaten wurden bereits hohe Ausgaben für den Ankauf von potentiellen neuen Siedlungsflächen getätigt. Es sind noch zahlreiche unbebaute Grundstücken vorhanden. Daher ist aktuell keine Bevorratung von Grundstücken sinnvoll. Zusätzlich besteht das Risiko, aktuell sehr hohe Preise zu bezahlen, mit dem Wissen, dass neue Grundstücke nicht vor 2026 bauplantentechnisch zu veräußern sind.

Daher werben wir für die Zustimmung zur og. Einnahmen-Mehrung und Ausgaben-Minderung.

Mit freundlichen Grüßen

Meike Erbguth-Feldner

Richard Illig (Fraktionsvorsitzende)

Oliver Rühl

Dr. Christian Schoen

Sabine Stein-Hoberg

Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

An
die Stadtverwaltung
Herrn Oberbürgermeister Deffner

**Antrag zu den Beratungen des Haushalts 2022
von Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Beschaffung von Diensträdern

Der Stadtrat möge beschließen,
auf der vorhandene Haushaltsstelle 6100.9357 Mittel in Höhe von 10.000 € einzustellen.

Es handelt sich um eine einmalige Haushaltsausgabe für das Haushaltsjahr 2022.
Finanzierung: Der Steigerung der Ausgaben stellen wir in der Antragsliste der Fraktion
Einsparungsvorschläge entgegen.

Folgekostenbetrachtung: Es entstehen voraussichtlich keine Folgekosten für die Haushaltsjahre
2023ff.

Begründung:

Im Haushaltsentwurf 2022 sind auf der Haushaltsstelle 6100.9357 von der Verwaltung keine Mittel
eingestellt, obwohl die Förderung von klimafreundlicher Mobilität Teil des Ansbacher
Klimaschutzkonzepts und dabei eine wichtige Säule zur nachhaltigen Senkung der CO₂-Emissionen
ist. Nach unserer Kenntnis wurden 2021 zwei Elektro-Diensträder angeschafft - zwei Diensträder für
über 520 Mitarbeiter:innen halten wir für viel zu gering, u.a., weil die Stadtverwaltung auf viele
verschiedene Standorte im Stadtgebiet verteilt ist.

Wir bitten um Zustimmung zu diesem Antrag.

Mit freundlichen Grüßen

Meike Erbguth-Feldner

Richard Illig (Fraktionsvorsitzende)

Oliver Rühl

Dr. Christian Schoen

Sabine Stein-Hoberg

Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

An
die Stadtverwaltung
Herrn Oberbürgermeister Deffner

**Antrag zu den Beratungen des Haushalts 2022
von Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

**6346 Neu Gemeindestraßen: Radweg Schalkhausen - Dornberg - Gemeindegrenze in
Richtung Leutershausen**

Der Stadtrat möge beschließen,
für den Lückenschluss des Radweg Schalkhausen - Dornberg - Gemeindegrenze in Richtung
Leutershausen für das Haushaltsjahr 2022 Planungskosten in Höhe von 10.000 € und für das Jahr
2023 eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 80.000 € für die Umsetzung einzustellen.
Des Weiteren wird die Verwaltung beauftragt, sich um eine Förderung von Bund oder Land zu
bemühen oder andere Umsetzungsvorschläge vorzulegen, die dazu führen, dass die
Radwegverbindung zwischen Schalkhausen - Leutershausen möglichst schnell umgesetzt, finanziell
möglichst geringe Geldmittel gebraucht werden, unter geringstmöglichem Flächenverbrauch.

Finanzierung: Der Steigerung der Ausgaben setzen wir in der Antragsliste der Fraktion
Einsparungsvorschläge entgegen.

Folgekostenbetrachtung:

Es entstehen voraussichtlich Folgekosten für die Haushaltsjahre 2023ff für Winterdienst, Unterhalt
und Erhalt, sowie Beschilderung der neuen Radwegverbindung.

Begründung:

Im UVKA wurde mehrfach über die Bedeutung der Route und die Möglichkeiten nördlich der Bahn
mit geringem finanziellem, wie auch Flächen- und Bauaufwand gesprochen. Flächen und Wege sind
vorhanden. Lediglich ein Teilstück muss geteert werden.

Die Förderung der Radmobilität ist ein wichtiger Baustein, um das Ziel der Klimaneutralität zu
erreichen. Die Staatsregierung strebt dies bis 2040 an. Bei dem Radweg nach Leutershausen handelt
es sich um eine auch verkehrstechnisch einfach umzusetzende Maßnahme zur Verbesserung der
Sicherheit vor allem pendelnder Radfahrer*innen und des fließenden Radverkehrs.

Wir bitten um Unterstützung. Vielen Dank!

Mit freundlichen Grüßen

Meike Erbguth-Feldner

Richard Illig (Fraktionsvorsitzende)

Oliver Rühl

Dr. Christian Schoen

Sabine Stein-Hoberg

Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

An
die Stadtverwaltung
Herrn Oberbürgermeister Deffner

**Antrag zu den Beratungen des Haushalts 2022
von Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Maßnahmen Radwegenetz

Der Stadtrat möge beschließen,
im Unterabschnitt **6372** Gemeindestraßen für Radwege Maßnahmen 2022 eine eigene
Haushaltsstelle zu schaffen und dafür Haushaltsmittel in Höhe von 30.000 € einzustellen.

Die Verwaltung wird des weiteren beauftragt in künftigen Haushaltsentwürfen einen eigenen
Unterabschnitt *Förderung Radwege* zu schaffen sowie eine eigenen Deckungsring für Radwege
einzurichten.

Es handelt sich um eine einmalige Haushaltsausgabe für das Haushaltsjahr 2022.
Die Steigerung der Ausgaben stellen wir in der Antragsliste der Fraktion Einsparungsvorschläge
dagegen.

Folgekostenbetrachtung:

Es entstehen voraussichtlich Folgekosten für die Haushaltsjahre 2023ff.

Begründung:

Noch immer bestehen viele Mängel und schwerwiegende Hindernisse auf den Radwegen der Stadt
Ansbach. Eine große Zahl davon sind auf der 2009 erstellten langen Mängel-Liste aus dem
Radwegekonzept der Stadt Ansbach festgehalten und konnten noch nicht behoben werden. Daher
halten wir die von der Verwaltung eingestellten 10.000 € für die Beschaffung und Herstellung von
Fahrraddächern, Gepäckboxen, Fahrradlehnbügel nicht für ausreichend.

Wir bitten um Unterstützung!

Mit freundlichen Grüßen

Meike Erbguth-Feldner

Richard Illig (Fraktionsvorsitzende)

Oliver Rühl

Dr. Christian Schoen

Sabine Stein-Hoberg

Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

An
die Stadtverwaltung
Herrn Oberbürgermeister Deffner

**Antrag zu den Beratungen des Haushalts 2022
von Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

**6372.9503 Gemeindestraßen 2022 Erhöhung der Haushaltsmittel für Maßnahmen
Radwegenetz. Beschaffung und Herstellung von Raddächern, Gepäckboxen und
Radlehnbügel**

Der Stadtrat möge beschließen,
im Unterabschnitt **6372** Gemeindestraßen für die Maßnahmen zum Radwegenetz eine Erhöhung der
Haushaltsmittel in Höhe um 20.000€ auf 30.000€ einzustellen. Diese Mittel können ebenso für
Radinfrastruktur wie z.B. Schließfächer mit Lademöglichkeit aufgewendet werden. Wir beauftragen
die Verwaltung ggf. entsprechende Fördermittel für den Radverkehr zu beantragen.

Es handelt sich um eine einmalige Haushaltsausgabe für das Haushaltsjahr 2022.
Der Steigerung der Ausgaben setzen wir in der Antragsliste der Fraktion Einsparungsvorschläge
entgegen.

Folgekostenbetrachtung:

Es entstehen voraussichtlich Folgekosten für die Haushaltsjahre 2023ff.

Begründung:

Wir halten die von der Verwaltung eingestellten 10.000 € für die Beschaffung und Herstellung von
Fahrraddächern, Gepäckboxen, Fahrradlehnbügel nicht für ausreichend. Die Verwaltung installiert
seit einigen Jahren kontinuierlich Fahrradlehnbügel. Da die Zahl von E-bikes und anderen teuren
Rädern steigt, sollte dies fortgesetzt werden. Gleichzeitig benötigen immer mehr Radfahrende
weitere Infrastruktur wie z.B. Schließfächer mit Lademöglichkeiten und Überdachungen.
Die Fahrradmobilität ist ein wichtiger Baustein zur Erreichung der Klimaschutzziele.

Wir bitten um Zustimmung.

Mit freundlichen Grüßen

Meike Erbguth-Feldner

Richard Illig (Fraktionsvorsitzende)

Oliver Rühl

Dr. Christian Schoen

Sabine Stein-Hoberg

Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

An
die Stadtverwaltung
Herrn Oberbürgermeister Deffner

**Antrag zu den Beratungen des Haushalts 2022
von Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

63 Gemeindestraßen 22 Neu: Rad- & Fußweg Eyb - Untereichenbach - Neunkirchner Straße

Der Stadtrat möge beschließen,
für den Lückenschluss des Rad- & Fußweg Eyb - Untereichenbach - Neunkirchner Straße für das
Haushaltsjahr 2022 Planungskosten in Höhe von 25.000 € und für das Jahr 2023 eine Verpflichtungs-
ermächtigung in Höhe von 450.000 € für die Umsetzung einzustellen.

Des Weiteren wird die Verwaltung beauftragt, sich um eine Förderung von Bund oder Land zu
bemühen.

Finanzierung: Der Steigerung der Ausgaben stellen wir in der Antragsliste der Fraktion
Einsparungsvorschläge entgegen.

Folgekostenbetrachtung:

Es entstehen voraussichtlich Folgekosten für die Haushaltsjahre 2023ff für Winterdienst, Unterhalt
und Erhalt, sowie Beschilderung der neuen Rad- und Fußwegverbindung.

Begründung:

Der Weg von der Neunkirchner Straße über Untereichenbach nach Eyb wurde den Bewohner*innen
der Teilorte bereits lange und oft versprochen. Der Abschnitt zwischen Untereichenbach und der
Neunkirchner Straße steht seit 1978/1980, der Abschnitt beginnend in Eyb seit 1993 in den
Bebauungsplänen.

Immer wieder wird unsere Fraktion zu gefährlichen Situationen auf beiden Wegstücken ange-
sprochen. Die Strecken zwischen den Ortsteilen sind nicht beleuchtet. Daher sind Zufußgehende für
Autofahrende kaum rechtzeitig zu erkennen. Zwischen der Neunkirchner Straße und Untereichen-
bach müssen Radfahrende und Zufußgehende die Straße benutzen, da keine Ausweichmöglichkeit
besteht. Nach beinahe 30 Jahren ist es höchste Zeit der Sicherheit der Mitbürger*innen Rechnung zu
tragen.

Zusätzlich ist die Förderung der Mobilität unabhängig vom Auto ein wichtiger Baustein, um das Ziel
der Klimaneutralität zu erreichen.

Wir bitten um Unterstützung!

Mit freundlichen Grüßen

Meike Erbguth-Feldner

Richard Illig (Fraktionsvorsitzende)

Oliver Rühl

Dr. Christian Schoen

Sabine Stein-Hoberg

Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

An
die Stadtverwaltung
Herrn Oberbürgermeister Deffner

Antrag zu den Beratungen des Haushalts 2022 von Bündnis 90/DIE GRÜNEN

6100.Neu Erlebnisraum Rezat

Der Stadtrat möge beschließen,
für die Umgestaltung Rezatparkplatz zum „Erlebnisraum Rezat“ für das Haushaltsjahr 2022
Planungskosten in Höhe von 50.000 €, für die mittelfristige Finanzplanung 250.000 € einzustellen.
Des Weiteren wird die Verwaltung beauftragt, sich um eine Förderung von Bund oder Land zu
bemühen.

Finanzierung: Der Steigerung der Ausgaben stellen wir in der Antragsliste der Fraktion
Einsparungsvorschläge entgegen.

Folgekostenbetrachtung:

Es entstehen voraussichtlich Folgekosten für die Haushaltsjahre 2023ff für Unterhalt und Erhalt.

Begründung:

Der zentral an der Rezat gelegene Bereich des Rezatparkplatzes hat aus unserer Sicht großes
städtebauliches Potenzial, das mit der Nutzung als Parkplatz nicht ausgeschöpft wird.

Der Rück- bzw. Umbau des Bereichs der Rezat nördlich der Innenstadt zu einem „Erlebnisraum
Rezat“ mit parkähnlicher Anlage, Aufenthaltsbereichen mit überdachten Bereichen wie Pavillons,
Spiel- und Grillplatz hat unserer Meinung nach erheblichen Mehrwert: Als „grüne Lunge“ unserer
Stadt würde dieser Bereich für einen Ausgleich bei steigenden Temperaturen aufgrund des
Klimawandels sorgen - auch nach Ansicht des Wasserwirtschaftsamtes wird der Klimawert der Auen
in Zukunft hohe Bedeutung haben, eine entsprechende Entwicklungsplanung werde positiv gesehen.
Zudem fehlen in der Innenstadt (Natur-)Räume mit Aufenthaltsqualität für Familien, Jugendliche,
ältere Menschen, ohne Konsumzwang.

Bei der Planung könnte zum Ausgleich der entfallenden Parkplätze zuerst über eine Anmietung der
vorhandenen Parkflächen im Brücken-Center oder am EDEKA bzw. deren Erweiterung, zuletzt über
den Bau eines Parkhauses auf dem westlichen Teil nachgedacht werden. Hierfür sind weitergehende
Untersuchungen erforderlich, die in den Folgejahren erfolgen sollen.

Wir bitten um Unterstützung!

Mit freundlichen Grüßen

Meike Erbguth-Feldner

Richard Illig (Fraktionsvorsitzende)

Oliver Rühl

Dr. Christian Schoen

Sabine Stein-Hoberg

Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

An
die Stadtverwaltung
Herrn Oberbürgermeister Deffner

**Antrag zu den Beratungen des Haushalts 2022
von Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Photovoltaik auf bestehenden Gebäuden – Parkhaus am Mühlbach

Der Stadtrat möge beschließen,
in der Mittelfristigen Finanzplanung für das Jahr 2023 auf der vorhandene Haushaltsstelle 6891.NEU Mittel in Höhe von 35.000 € für die Errichtung einer Photovoltaikanlage und eines Stromspeichers für das Parkhaus am Mühlbach einzustellen. Die Speichergröße soll sich an der Deckung der Eigenverbrauchsquote von 75% orientieren.

Es handelt sich um eine einmalige Haushaltsausgabe für das Haushaltsjahr 2022.
Folgekostenbetrachtung: Es entstehen voraussichtlich Folgekosten für die Haushaltsjahre 2024ff für Wartung und Instandhaltung beider Anlagenteile, in Höhe von ca. 600 €/a, denen aber Einnahmen aus Energielieferung ins Netz sowie Senkung der Stromkosten entgegenstehen. Insgesamt dürfte die Anlage zu einem geringem Einnahmen- und Ausgabenüberschuss nach ca. 12 Jahren führen.

Begründung:

Der von der PV-Anlage erzeugte Strom kann zuerst für die Deckung des eigenen Strombedarfs des Parkhauses durch Parkscheinautomat, die Schranke und sonstigen Strombedarf genutzt werden, durch den Einbau eines Stromspeichers ist auch die Versorgung der Beleuchtung durch selbsterzeugten klimafreundlichen Strom zumindest in Teilen möglich.

Die Stadt Ansbach hat im Jahr 2009 ein Klimaschutzkonzept beschlossen. Darin ist der Ausbau der erneuerbaren Energien ein wichtiges Ziel, um die angestrebte Absenkung der Treibhausgase zu erzielen. Durch das Klimaschutzkonzept hat die Stadt die Verpflichtung, mit gutem Beispiel voranzugehen. Die beschlossenen Konzepte sind unserer Meinung nach verpflichtend und sollten dementsprechend umgesetzt werden. Mit dem Bau der PV-Anlage wird den Bürgerinnen und Bürgern deutlich gemacht, dass die Stadt die eigenen Ziele ernst nimmt und die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien möglich ist - was nicht zuletzt auch mit den Aktionen zum Tag der erneuerbaren Energien immer wieder angestoßen wird.

Bereits im letzten Jahr haben wir immer wieder angeregt, eine Photovoltaik-Anlage auf dem Parkhaus am Mühlbach zu installieren. Leider waren die Stellungnahmen der Stadtverwaltung zu einer möglichen Umsetzung in den Ausschüssen bislang wenig zuversichtlich.

Wir möchten anregen, die PV-Anlage auf den Gestaltungselementen der Fassade zu installieren, siehe Bilder:



Weiter Flächen bietet das Treppenhausdach.

Wir bitten um Zustimmung zu diesem Antrag.

Mit freundlichen Grüßen

Meike Erbguth-Feldner

Oliver Rühl

Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Richard Illig (Fraktionsvorsitzende)

Dr. Christian Schoen

Sabine Stein-Hoberg

An
die Stadtverwaltung
Herrn Oberbürgermeister Deffner

**Antrag zu den Beratungen des Haushalts 2022
von Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

**Aufnahme der Generalsanierung der Berufsschule 1 in die Mittelfristige Finanzplanung
der Stadt Ansbach.**

Antrag:

Aufnahme der Generalsanierung der Berufsschule 1 in die Mittelfristige Finanzplanung der Stadt Ansbach.

2023: 1,000,000.00€ Planungskosten

2024: 1,000,000.00€ Haushaltsunterlage Bau

2025: 3,500,000.00€ Beginn des Bauvorhabens, Neubau Werkstätten
500,000.00€ Baunebenkosten

2026: 13,500,000.00€ Neubau Werkstätten & Generalsanierung Berufsschule
500,000.00€ Baunebenkosten

2027: 6,300,000.00€ Fortführung Generalsanierung Berufsschule
500,000.00€ Baunebenkosten

(Die Kosten für die weitere Sanierung in den Folgejahren ergibt sich aus den Planungen des Hochbauamtes für die nächsten Jahre. Eine Förderung bis zu 60%- 80% auf zuwendungsfähige Bauanteile ist denkbar. Bei Berufsschulen ist auch eine erstmalige berufsspezifische Ausstattung nach FAZ-R förderfähig.)

Begründung:

Der Zustand der Berufsschule 1 ist seit Jahren stark sanierungsbedürftig. Die Verwaltung und Oberbürgermeister Deffner sahen bereits 2010 die Sanierung der Berufsschule als oberste Priorität. 2012 hat die Stadt Ansbach den Antrag auf Generalinstandsetzung gestellt. 2014 erteilte die Regierung von Mittelfranken, Schulaufsicht, die Genehmigung. Danach wurden jedoch lediglich ein Verwaltungsanbau erstellt und nach der Sanierung der Fassade des Hauptgebäudes die Sanierung abgebrochen.

Wir begrüßen die genauen Untersuchungen des Hochbauamtes, um eine effektive, zügige und sinnvolle Generalsanierung zu gewährleisten.

Die Aufnahme der Generalsanierung in die Mittelfristige Finanzplanung ist aus folgenden Gründen unabdingbar:

- Dringend notwendige Ertüchtigung des Brandschutzes
- Sicherheitsprobleme in den Werkstätten
- Massive Lüftungsprobleme
- Verdacht auf asbesthaltige Bodenbeläge im 2. OG
- Aufgrund des schlechten Zustands der Werkstätten, konnte die notwendige Digitalisierung nicht ausgeführt werden
- Durch den Zustand der Schule gibt es Schwierigkeiten den Lehrplan der Ausbildungsberufe umzusetzen
- Die Betriebe sind mit der Ausstattung der Schule unzufrieden.
- Ausbildungsberufe in der ganzen Region sind betroffen. Durch die angesprochenen Probleme sinkt die Qualität der ausgebildeten Absolventen
- Standortfaktor der Region sinkt

Wir bitten um Unterstützung für unseren Antrag zum Wohl der Auszubildenden und der Betriebe unserer Region.



Meike Erbguth-Feldner
Oliver Rühl
Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Richard Illig (Fraktionsvorsitzende)
Dr. Christian Schoen

Sabine Stein-Hoberg